

**Arbeitstagung
der CSU-Landtagsfraktion
vom 22. bis 24. September 2025
im Kloster Banz**



**„Arzneimittelsicherheit in Bayern und
Europa stärken – Versorgung
sicherstellen, Abhängigkeiten
reduzieren, Innovationen ermöglichen“**

1 Die Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln ist eine tragende Säule der
2 Gesundheitsversorgung in Bayern und Europa. Angesichts wachsender
3 Herausforderungen – von Lieferengpässen über Produktionsverlagerungen ins
4 Ausland bis hin zu regulatorischen Hürden für innovative Therapien – bedarf es
5 entschlossenen Handelns. Ziel der CSU-Landtagsfraktion ist es, die Versorgung der
6 Bevölkerung mit sicheren, wirksamen und bezahlbaren Arzneimitteln jederzeit zu
7 gewährleisten, die heimische Pharmaindustrie zu stärken, die unternehmerische
8 Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Produzenten aus Drittstaaten wiederherzustellen
9 und zugleich den Weg für zukunftsweisende Therapieformen zu ebnen. Bayern muss
10 auch in Zukunft ein Garant für eine sichere, unabhängige und moderne
11 Arzneimittelversorgung sein; in Zeiten äußerer Unsicherheit erst recht. Die CSU-
12 Landtagsfraktion steht geschlossen dafür ein, dass Versorgungssicherheit,
13 Innovationsförderung und Patientenschutz in Einklang gebracht werden.

14 Die CSU-Landtagsfraktion bekennt sich zu einer umfassenden **Gesamtstrategie**
15 **Arzneimittelsicherheit**, die folgende Punkte umfasst:

16 1. Eine Weiterentwicklung des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in
17 der gesetzlichen Krankenversicherung (**AMNOG**) insbesondere mit Blick auf
18 personalisierte Medizin. Ziel muss sein, den Zugang zu innovativen Therapien und
19 Arzneien zu ermöglichen und dabei gleichzeitig eine nachhaltig tragbare
20 Finanzierung sicherzustellen.

21 2. Eine **Revision der Arzneimittelgesetzgebung in der EU**: Insbesondere müssen
22 die restriktiven EU-Vorschriften im Bereich des Arzneimittelrechts mit ihrer
23 überbordenden Bürokratie und aufwändigen Zulassungsverfahren auf den
24 Prüfstand. Die Wirkstoff- und Arzneimittelproduktion in Europa muss gestärkt und
25 insbesondere wichtige Arzneimittel müssen wieder primär in Europa produziert
26 werden. Um eine langfristige Planungssicherheit zu schaffen und den
27 Produktionsstandort Deutschland bzw. Europa im Bereich Pharma und
28 Biotechnologie zu stärken, sind die folgenden Schritte notwendig:

- 29 ○ Die weitere **Verlagerung der Produktion von Arzneimitteln und deren**
30 **Wirkstoffen nach außerhalb der EU muss verhindert werden.** So muss
31 insbesondere die Produktion von Kalkstickstoff weiterhin in Europa möglich
32 sein, denn dieser ist Grundstoff für das bewährte **Diabetesarzneimittel**
33 **Metformin.**
- 34 ○ Es bedarf rascher Erleichterungen und klarer rechtlicher Regelungen, um
35 gezielte **Anreize für die Rückverlagerung von Produktionskapazitäten** ins
36 europäische Inland zu setzen. Dies kann etwa durch Förderprogramme auf
37 Bundes- und EU-Ebene, steuerliche Erleichterungen oder beschleunigte
38 Genehmigungsverfahren für neue Produktionsstätten geschehen. Besonders
39 wichtig ist dies für die Produktion von **Antibiotika.**
- 40 ○ Die **EU-Richtlinie 2024/3019 über die Behandlung von kommunalem**
41 **Abwasser (UWWTD)** muss so überarbeitet werden, dass die Finanzierung der
42 vierten Klärstufe nicht überwiegend zu Lasten der Hersteller von
43 Humanarzneimitteln geht, um zusätzliche Kostenbelastungen und damit
44 verbundene Versorgungsengpässe zu vermeiden. Es gilt zu verhindern, dass
45 insbesondere Generika-Unternehmen sich durch die vorgesehenen
46 Regelungen gezwungen sehen, in der gesamten Europäischen Union ihre
47 Produkte vom Markt zu nehmen – mit verheerenden Folgen für die Gesundheit
48 der Menschen. Die derzeitige Ausgestaltung der Richtlinie belastet
49 europäische pharmazeutische Unternehmen einseitig, da nur diese zur
50 Finanzierung der vierten Klärstufe herangezogen werden. Da Generika-Preise
51 reguliert sind, können steigende Kosten auch nicht umgelegt werden.
- 52 ○ Insbesondere die **Versorgung von Kindern mit Arzneimitteln** ist in den
53 vergangenen Jahren unter Druck geraten. Die CSU-Landtagsfraktion fordert
54 deshalb gezielte Förderinstrumente zur Sicherung der Verfügbarkeit von
55 pädiatrischen Arzneimitteln, insbesondere für unprofitable, aber
56 unverzichtbare Präparate. Auch die Möglichkeit öffentlicher
57 Produktionsaufträge für kritische Arzneien sollte auf europäischer Ebene
58 geprüft werden.
- 59 ○ Die CSU-Landtagsfraktion fordert zudem ein transparentes **Frühwarnsystem**
60 **für Versorgungsengpässe** in ganz Europa: in Echtzeit für Engpässe
61 insbesondere für den Großhandel – digital, standardisiert, europaweit. Dafür
62 müssen pharmazeutische Unternehmer verpflichtet werden,
63 Versorgungsrisiken frühzeitig zu melden. Diese Informationen sollen über ein
64 EU-weites digitales Dashboard für Fachkreise und Behörden einsehbar sein.
65 Auch müssen die Anforderungen an Lagerhaltung und Vertrieb unter Wahrung
66 der Arzneimittelsicherheit deutlich erleichtert werden.
- 67 ○ Zusätzlich müssen internationale Handelshemmnisse wie die jüngst von den
68 **USA verhängten Zölle** auf bestimmte pharmazeutische Produkte und
69 Wirkstoffe kritisch adressiert werden. Solche protektionistischen Maßnahmen

70 gefährden die Versorgungssicherheit, erhöhen die Produktionskosten und
 71 schwächen die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hersteller.
 72 Die CSU-Landtagsfraktion fordert insbesondere die EU-Kommission auf, sich
 73 in den transatlantischen Handelsgesprächen entschieden für den Abbau
 74 dieser Zölle einzusetzen und gegebenenfalls Kompensationsmechanismen für
 75 betroffene Unternehmen zu schaffen. Außerdem fordert sie die EU-
 76 Kommission dazu auf, eine Diversifizierung der internationalen Lieferketten für
 77 pharmazeutische Produkte insbesondere durch eine zügige Verhandlung
 78 weiterer Freihandelsabkommen voranzutreiben sowie die Möglichkeiten eines
 79 Wirkstoff-Recyclings zu fördern.

80 3. Die CSU-Fraktion appelliert an die Bundesregierung, nach dem Vorbild des
 81 **Bayerischen Pharmagipfels** auch den Dialog auf Bundesebene unter
 82 Einbeziehung aller Beteiligten wie Behörden, Krankenversicherungen, Industrie,
 83 Verbänden und Ländern wieder aufleben zu lassen. Nur durch ein koordiniertes
 84 Vorgehen lassen sich Engpässe wirksam bekämpfen.

85 4. Für eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung spielen die **Vor-Ort-Apotheken** als
 86 zentraler, niedrighschwelliger Gesundheitsdienstleister eine zentrale Rolle. Deshalb
 87 ist die Vereinbarung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vollkommen richtig,
 88 überbordende bürokratische Nachweiserfordernisse für Apotheken grundsätzlich
 89 abzuschaffen. Dabei sind allerdings die Vorgaben aus Gründen der
 90 Arzneimittelsicherheit für Vor-Ort-Apotheken und ausländische
 91 Versandapotheken, insbesondere bei der Einhaltung von Transport- und
 92 Lagerbedingungen sowie deren Nachweispflichten, endlich zu vereinheitlichen.
 93 Auch setzen wir uns weiterhin für eine angemessene Honorierung mit einer
 94 Erhöhung des Fixums inklusive einer regelhaften Dynamisierung ein. Dazu gehört
 95 auch die Absenkung des Kassenabschlags sowie eine sachgerechte Bezahlung
 96 von Sonderleistungen (z.B. Botendiensten) und die Erhöhung der
 97 Engpasspauschale. Das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

98 5. Die CSU-Landtagsfraktion begrüßt die Pläne im Koalitionsvertrag, den
 99 Apothekerberuf zu stärken und zu einem Heilberuf weiterzuentwickeln. Ziel muss
 100 auch sein, die Approbationsordnung für Apothekerinnen und Apotheker (AAppO)
 101 gemäß den Plänen des Runden Tisches bei der Bundesapothekerkammer
 102 zukunftsorientiert zu novellieren.

103 Im Hinblick auf die globalen Krisen braucht es auch Lösungen für die
 104 Arzneimittelsicherheit. Die CSU-Landtagsfraktion spricht sich für eine nationale
 105 **Resilienzstrategie** für den Arzneimittelbereich aus, die sich im
 106 Gesundheitssicherstellungsgesetz wiederfinden wird. Diese muss strategische
 107 Reserven, kritische Infrastruktur, Diversifizierung der Lieferketten und gezielte
 108 Forschungsförderung umfassen – als Beitrag zu einem krisenfesten
 109 Gesundheitssystem. Gleichzeitig ist den immer stärker werdenden Eingriffen der EU
 110 in die nationale Kompetenz klar entgegenzutreten.